

**Abonnementspreis**

Wird bei den üblichen Unterhaltungs-  
beiträgen - Wollen - Punkt -  
von der Post und Gegenüberung  
etwa jährlich 80 bis 90 Pf.  
Durch die Reichs-Post besorgen  
die Vertriebsstellen Nr. 276. Unter  
Besondere für Deutschland und  
Österreich - Ungarn 6 Pf., für das  
Rouge Ausland 7 Pf. pro Viertel-  
jahr.

**Redaktion**  
Zwingerstraße 21, 2 Et.  
Sprechstunde  
von Montag bis 12 Uhr 1 Uhr.  
Telephon: Nr. 8405.

Telegramm-Adresse:  
„Arbeiterzeitung Dresden.“

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

**Inserate**

Werben die 6 geliebte Weltzeitung  
über deren Raum mit 25 Pf. be-  
trachtet und bei etwelchen Anzeigen  
Mittelschritten mit Rabatt gewährt.  
Rechnungen 20 Pf. Inverate  
wollen die Zeitungs-Verleger  
für in der Expedition abzugeben sein  
aus sich bei voraus zu bezahlen.

**Expedition:**  
Zwingerstraße 21, part.  
Geschäftszeit von morgens 8 Uhr  
abends 7 Uhr.  
Telephon: Nr. 1709.

Verkauft täglich mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage.

Nr. 288.

Dresden, Donnerstag den 12. Dezember 1907.

18. Jahrg.

## Innerhalb und außerhalb der Duma.

Studentische Unruhen, politischer Massenstreik und die parlamentarische Verfahrensweise, das sind drei Hauptprobleme, die jetzt das Thema des Tages in Rußland bilden. Jeder einsichtige Politiker muß die Bedeutung dieser drei Erscheinungen des momentanen russischen Lebens genau prüfen und in ihrer Bedeutung erkennen, will er nicht von den nächsten Ereignissen überholt werden. Alle drei Erscheinungen sind Zeichen der Zeit, aus denen man den nächsten Verlauf der Dinge entziffern muß.

Man hat in Rußland schon längst die Jugend als ein Parameter des gesellschaftlichen und politischen Lebens bezeichnet. Die russische Studentenschaft hat sich von jeder den Namen erworben, das feinstufigste Echo der russischen Leiden und Kämpfe zu sein. Niemand reagiert schneller und intensiver auf alle die Mißstände des Reiches als die russische Universitätsjugend. Sie konnte sich nicht durch irgend welche Kompromisse mit den schrecklichen russischen Zuständen abfinden und brachte Opfer auf Opfer, um ihren Widerwillen gegen die russische Diktatur auszudrücken. Politisch waren die Opfer, die sie für die Verwirklichung ihrer Ideale auf den Altar des Vaterlandes legte. In der Geschichte der russischen Freiheitsbewegung ist ihr deshalb ein besonders ehrenvoller Platz gesichert.

Die russische Studentenschaft rekrutiert sich aus allen Schichten des Volkes. Sie steht den demokratischen Elementen des Reiches sehr nahe und ist deshalb genau unterrichtet über die Entbehrungen und Leiden der großen Masse des Volkes. Dies ist der Grund, weshalb die Not des russischen Lebens immer ein lebendiges Echo in der Universität findet. Wenn die Studenten Unruhen veranstalten, dann ist dies ein sicheres Zeichen, daß das Volk der Leiden des russischen Volkes überdrüssig ist. Diese Unruhen sind ein Symptom, an dem jeder einsichtige Staatsmann die wahren Bedürfnisse der Nation erkennen könnte. Die russische Regierung aber erblickt in ihnen nur den Ungehorsam der Jugend und die Gefahren der „Juden“, die natürlich an allem schuld sein sollen. Statt die Ursachen, die solchen Unruhen zugrunde liegen, zu beseitigen, bestraft sie die Regierung, die Jugend selbst aus der Universität zu entfernen. Sie glaubt, wenn sie die Stimme der Jugend nicht mehr hört, so sei damit auch die Not der Masse verschwunden. Eine ungeheure Verblendung, die sich schon oft gerächt hat.

Die gegenwärtigen Unruhen an den Universitäten sind die letzte Folge der brutalen Politik des Stolypinski'schen Kurses. Die Unterdrückungen, Hausdurchsuchungen, Verbannungen und Hinrichtungen, die täglich in allen Teilen des Reiches vorgenommen werden, konnten auch die Studentenschaft nicht unberührt lassen. Mit dem auch der Student der angeblich freien Universität außerhalb der Wände seiner alma mater der toten Gewalt der Diktatur und der Polizei preisgegeben. Die Unerschrockenheit der russischen Lebens konnte durch diesen Gewaltmarsch in der studentischen Lebenslage innerhalb und außerhalb der Universität nur weiter aufgeführt werden. Der Ausbruch der Unruhen in Petersburg, Moskau und Kiew, war somit das unvermeidliche Ergebnis der im Reich herrschenden Mißstände.

Welche Folgen diese Unruhen für die nächste Zukunft haben werden, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Eins sieht aber schon jetzt sehr: Der Freiheitskampf des neuen Rußland läßt sich nicht unterdrücken. Der Terrorismus der Regierung kann nur eine vorübergehende Wirkung ausüben, eine vollkommene „Ausrottung“ der Freiheitsbewegung ist nur mit der Ausrottung der lebendigen Kräfte des Landes selbst möglich. Der Jubel der Reaktion darüber, daß alles „still“ geworden ist, ist deshalb, und ihr trauriger „Triumph“ ist nicht von Bestand. Das Gefühl der Reaktion heißt und ist deshalb besonders aufgebracht gegen Stolypin, der es nicht vermochte, den Unruhen vorzubeugen. Nicht weniger aufgebracht sind die Reaktionen angesichts der imposanten Demonstration der Arbeiter, die manhaft ihren Protest gegen den Versuch wider die sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma kundgegeben haben. Die Hälfte des arbeitenden Petersburg hat sich erhoben, um Solidarität mit den „Verbrechern“ und „Verderbten“ zu bekunden. Sie und da hat auch die Bewegung mit derselben Energie protestiert.

Die Bedeutung der Petersburger Kundgebung liegt darin, daß sie nicht von den vorgeschichtlichen Elementen der Arbeiterklasse veranfaßt wurde, sondern gerade von denen, die bisher eher als rückständig galten. Sie am meisten aufgeklärten Arbeiter hatten sich an dem Streik fast gar nicht beteiligt, denn nach den Erfahrungen der letzten Jahre haben sie an keinen Erfolg nicht geglaubt. Nun stellt sich aber heraus, daß trotz aller terroristischen Taten der Behörden und der „schwarzen Hundst“ der Autokratie bei der sich entwickelnden Arbeiterkraft nicht gesunken ist. Der Erfolg des Streiks wird eine besonders ermutigende und erhebende Wirkung auf alle Freiheitskämpfer ausüben, und wer weiß, welche Wirkung sie in den nächsten Monaten und eine Wiederholung der erfolgreichen Kundgebung bringen, deren Umfang und Bedeutung dann natürlich größer und wirkungsvoller wird. Man muß sich aber auch keinen Illusionen hingeben und nicht erwarten, daß in den nächsten Tagen etwas wie der Oktoberstreik der Arbeiter, sondern der Streik der ganzen antiautoritären Rußland. Hand in Hand mit den Arbeitern streifen Rechtsanwalte, Herge, Staatsbeamte, Reichsbeamte; die Unternehmer waren ebenfalls auf der Seite der Arbeiter und bekundeten ihre Meinungen nicht auf der Seite der Arbeiter und bekundeten ihre Meinungen nicht auf der Seite der Arbeiter den vollen Lohn auch für die Streikzeit gemährt. Unter solchen Umständen konnte der Streik diejenigen Dimensionen annehmen, die das wirtschaftliche Leben des ganzen Reiches zum Stillstehen brachten. Jetzt ist eine solche

Einsigkeit unter den Gegnern des Absolutismus nicht zu erwarten. Die frühere einheitliche Waffe hat sich seit jener Zeit in sehr hohem Maße differenziert und die früher schlummernden Gegensätze der verschiedenen Klassen und Elemente haben sich mächtig entwickelt. Diese Differenzierung, die an und für sich ein Faktor des Fortschritts ist, ist doch andererseits auch ein Hindernis für ein einheitliches Vorgehen aller freihellen Volksschichten. Es wäre deshalb eine irrige Erwartung, wenn man annehmen wollte, jetzt mit Massenstreiks solche Erfolge erzielen zu können wie im Jahre 1905. Doch ohne Wirkung auf die Gestaltung der politischen Entwicklung werden auch die jetzt möglichen Kundgebungen natürlich nicht bleiben.

Das ist um so eher zu erwarten, als die „berufenen“ Geistesgelehrten, die jetzt in der Duma ihre Weisheit produzieren, nicht nicht wissen, was sie tun wollen oder können. Es ist höchst bedauerlich für die „führende“ Partei der Oktoberisten, daß sie keine Richtung zustande bringen kann. Das war das unvermeidliche Ergebnis der schwankenden Haltung der Mitte des 17. Oktober. Sie möchten gern mit den schwarzen Politikern der Rechten nicht zu tun haben, fürchten aber zugleich, sich enger an die Linke anzuschließen. Sie schwanken deshalb hin und her und am Ende stellt sich heraus, daß die mit so großer Schamlosigkeit erzwungene „arbeitsfähige“ Duma völlig lahm ist. Es ist selbstverständlich, daß aus solcher Unsicherheit der „regierenden“ Geistesgelehrten kein irgendwelches anständiges Geisig hervorgehen kann. Die Oktoberisten müssen sich ein für allemal entscheiden, entweder mit der kraftlosen Reaktion oder mit den Radikalen zu gehen. Dann erst kann die Situation in der Duma sich klären.

### Der Massenstreik in Petersburg.

Ueber die Streikbewegung, die der obige Artikel behandelt, wird dem Russ. Bulletin noch aus Petersburg geschrieben:

Das charakteristischste Merkmal des Petersburger Massenstreiks vom 5. Dezember besteht darin, daß die breiten Schichten der Arbeiterklasse eine Energie an den Tag legten, die für die leitenden Organisationen zum Teil ganz unerwartet kamen.

Auf der letzten städtischen Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen wurde der Streikbeschluss nur mit geringer Majorität angenommen. Auch nach der Konferenz wurde die Frage in Partei- und Gewerkschaftskreisen eifrig diskutiert, und viele Genossen neigten zur Annahme hin, daß es keinen Sinn habe, den Streik zu proklamieren, wenn keine Aussicht vorhanden sei, einen allgemeinen Streik durchzuführen. Das galt aber als ausgeschlossen, und so kam es, daß einige der größten Gewerkschaften (der Druckerarbeiter- und Metallarbeiterverband usw.) sich gegen den Streik ausgesprochen und an den Vorbereitungen keinen Anteil nahmen. Die Stimmung zugunsten des Streiks nahm jedoch mit jedem Tage zu und ergriff sogar solche Schichten der Arbeiterklasse, die für den geplanten Streik als gänzlich unzugänglich galten. Es streikten z. B. die Arbeiter der Strick- u. Naumann, die vor einigen Monaten unter Vermittlung des Verbandes der russischen Arbeiter angeordnet worden waren. Es streikten aber auch einige Arbeiterkategorien nicht, die bisher an allen Massenaktionen der Petersburger Arbeiter teilgenommen hatten. So traten die Arbeiter der St.-Holl gegen ihren eigenen Wunsch nicht in den Ausstand, weil der Metallarbeiterverband sich dagegen ausgesprochen hatte. Bei den Druckerarbeitern mochten viele streiken, doch der Verband hatte sich dagegen ausgesprochen. Aus einigen Druckereien wurden Delegierte an den Verband entsandt, um die Erlaubnis zum Streik eingeholen, und im Laufe des Tages schloß sich etwa die Hälfte aller Druckerarbeiter dem Streik an. Auf den meisten Staatswerken kam der Streik nicht zustande, weil die Administration mit Schließung der Werke drohte. Auf den Füllions-Werken z. B. berieten die Arbeiter von 6 bis 9 und gingen nur deshalb an die Arbeit, weil die Administration das Ultimatum aufstellte: entweder sofortige Entlassung oder Aufnahme der Arbeit!

Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Streik, an dem sich ohnehin nach offiziellen Angaben 75 000 von 125 000 Arbeitern beteiligten, weit größere Dimensionen angenommen hätte, wenn die Leiter der Organisationen die instinktive Empörung der Massen und ihren Kampfesmut besser abgeschätzt hätten. Nicht unionsfrei streikt Menschikoff in der Nowoje Wremja-Petermordie, wo denn eigentlich die Regierung strecke, wenn sie solche Massenaktionen der Petersburger Arbeiterklasse zulasse, und welchen Sinn eigentlich Stolypins Drohungen in der Duma hätten, wenn er sie nicht in Taten umsetze. Die Petersburger Arbeiterklasse hat eben diese Drohungen gebührend beantwortet und durch ihre Sympathiebekundung für die sozialdemokratische Fraktion den Beweis erbracht, daß sie sich die Lösungen der Sozialdemokratie zu eigen gemacht hat und weiterkämpfen will für ihre Ideale, für ihre Freiheit, gegen alle Mächte der Reaktion.

### Politische Ueberblick.

#### Reichsvereinsgesetz.

Der Reichstag nahm am Mittwoch lang- und klanglos das Bundesratskommissionen mit England in erster Lesung an und wurde sich dann erneut dem Reichsvereinsgesetz zu. Bindewald, Hans Dintel —

genannt von seinem früheren Fraktionsgenossen Liebermann — erregte das anwesende Publikum durch posthume Kapriolen und Herr Schidlers aus Gumbinnen drückte in tiefer Führung die legalen Wenden, Pauzer und Maluren und kontroverste Herz. So, wie die beide Sieben augenblicklich beschaffen ist, wollen beide Konferenzen und Antileisten sie nicht schließen. Einvernehmlich spielte sogar der schwarze-goldene Volksmann und domierte während auf die Nationalliberalen ein, denen er nicht zu Unrecht reaktionäre Gefinnungslosigkeit vorwarf und den Rat gab, das Wort „liberal“ aus ihrer Parteiflagge zu streichen. Der ekklesiastische Partier Wetterlich wetterte — und nicht mit Unrecht — gegen den großen Unfug, der mit dem Namen „Reichsvereins“ getrieben wird, und forderte die säkularen Genossen, die so gern über die Unterdrückung des Deutschtums im Auslande klagen, auf, in der Außenpolitik ein wenig nach dem alten, guten Grundsatze zu handeln: Was du nicht willst, was man dir tu', das füg' auch keinem andern zu. Die Ausführungen des Zentrumsvorredners Ewald blieben zum großen Teile bei der Unruhe des Saales unverständlich. Herr Spahn, dessen Wasserzylinder vorläufig in den Tiefen des Schrancks ruht, sprach ziemlich oppositionell gegen den Mundnebelparagrafen. Seine Ausführungen auf theologisches Gebiet hatten eine evangelische Umdeutung des säkularen Nationalliberalen-Cerling zur Folge. Genosse Legien zeigte in trefflicher Rede, gekürzt auf die reichen Erfahrungen, die er im Dienst der Gemeindefürsorge gesammelt hat, die vielen Zusätze, die das Gesetz für die Arbeiter und ganz besonders auch für die Gewerkschaftsbewegung bringt. Beweis sind ein paar Fortschritte in dem Entwurf enthalten, aber sie sind vornehmlich nicht groß genug, um durch Verschlechterungen erlaubt zu werden. Versichert die Mehrheit auf diese Verschlechterungen, so sind wir für das Gesetz zu haben. Im anderen Falle lehnen wir es ab, ohne uns von dem Torengeklirr über die „bloße Regation“ irritieren zu lassen. Nachdem dann der Vize-Gesamtvorsitz nochmals gegen den Unfug der Sprachbestimmung getroden hatte, ließ der Vize die Schlussvotierung anfallen. Die Verlesung wurde an eine Kommission verwiesen. Am Donnerstag: Börsenbericht.

### Das Votum der Sozialdemokraten für die Dringlichkeit des Ausgleichs.

Wien, am 11. Dezember.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat gestern für den Dringlichkeitsantrag gestimmt, der die Beratung des Ausgleichs erzwängen soll. Ihr Votum hat die Mehrheit auf fünf Sechstel des Hauses erhöht, und das zweifelhafte Gelingen des Ministeriums wird am Ausgleich hängt, so wird es kaum wohl mancher fragen, was den sozialdemokratischen Verband bewegen hat, diese Stellung einzunehmen. Freundschaft für die Regierung wahrlich nicht, denn ein Robnett in dem zwei Christlichsozialen — darunter unser Tob-Feind Gschmann — sitzen, ist gegen sozialdemokratische Sympathien gesetzt. Die Gründe des zustimmenden Votums liegen in der Situation des Hauses, und ihre zwingende Kraft ist einleuchtend genug. Als Dr. Adler in der Dienstagssitzung des Hauses die Abstimmung des Verbandes anknüpfte, suchte er die Wölfe kurz und präzis zusammen. Der Verband stimmt für die dringliche Verhandlung des Ausgleichs nicht um der Regierung, die eine Resolution der Forderung der Sozialdemokratie darstellt, eine Gefälligkeit zu erweisen, und ebensowenig, um damit dem Ausgleich sein Votum zu geben, den er wiederum, weil er in vielen Punkten unzulänglich, ja schädlich ist, bei der sachlichen Abstimmung ablehnen wird, sondern lediglich, um dem Parlament die Entscheidung über eine der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Geisteswerke zu sichern, und die Volksvertretung des gleichen Stimmrechts aus der Verstrickung durch die Obstruktion zu retten.

Das war es! Rettung des Hauses des gleichen Stimmrechts, das die Arbeiter selbst erbaute haben! Rettung davon, daß auch dieses Parlament, wie einst das Haus der Kurien, in völlige Zerrüttung verfallt und kraftlos und entwertet gegeben müßte. Das ist ihm zur Seite ein Regiment des 14. etabliert, daß es zum bloßen Anhängel des Absolutismus herabstieft. Denn was wäre die Folge des Sieges der Obstruktion gewesen? Nichts sonst, als daß zum Jubel aller Feinde des gleichen Wahlrechts und der Volkssouveränität der Ausgleich „im Verordnungswege“ und der Volkssouveränität der Ausgleich „im Verordnungswege“ wäre erledigt worden — von welchem Ministerium oder Interimministerium, hätte dann wenig zu besagen. Und endlich, was bildet die Obstruktion, die dem Parlament den Rechtsboden entziehen will? Eine Handvoll „radikaler“ Tischen, unterstützt von Kroaten und anderen Faktionären, zusammen noch nicht zwanzig Mann, die es aber immer — dank der wichtigsten Unterstützung der kleinen Parteien — versuchen, die 20 Unterirdischen zusammen zu bringen, mit denen man vermöge unserer Gleichschöpfung noch Funck und Belichen das Haus jederzeit blockieren kann. Es ist eine Opposition des Unbewußten, eine Opposition ohne Ziel und Zweck, deren einzig erkennbares Motiv das gleiche Stimmrecht ist, dem ganzen Parlament ihre Macht fähig zu lassen und in nicht im Vordergrund des Anstands und der Debatte zu stehen zu lassen. Das ist denn doch auf die Dauer unmöglich. Aber hinter dieser Obstruktion der Massenjustiztruppe lauert der Reich und der Hof aller derer, die einst gegen das gleiche Stimmrecht gestritten haben und nun nichts heißer ersehnen, als daß das neue Haus ebenso im Saumpf versinke wie die alte Kammer der Privilegierten. Lauter der Poser Chauvinismus, der — gegen die Meinung der ungebildeten Mehrheit des eigenen Volkes — auch diesen Ausgleich benutzen wollte, ähnliche Witzzen herbei-

Vertical text on the left margin, including various small advertisements and notices.